

Der Sächsische Erzähler

Bischofswerdaer Tageblatt.

Amtsblatt der Amtshauptmannschaft, der Schulinspektion und des Hauptzollamts in Bautzen, sowie des Amtsgerichts und des Stadtrats in Bischofswerda und der Gemeindefürsorge des Bezirks. Dieses Blatt im Bez. . . . Erscheint seit 1846.



Anzeigeblatt für Bischofswerda, Neutroitz, Stolpen und Umgegend wie für die angrenzenden Bezirke. — Wöchentlich Beilagen: Der Sächsische Landwirt und Sonntagserhaltungsbblatt. . . . Fernsprecher Nr. 2.

Geschäftsstelle: Bischofswerda, Altmärki 15. Erscheint jeden Dienstag abends für den folgenden Tag. Der Bezugspreis ist einschließlich der wöchentlichen Beilagen bei Abholung in der Geschäftsstelle monatlich Mk. 3.—, bei Zustellung ins Haus monatlich Mk. 3.25, durch die Post bezogen vierteljährlich Mk. 9.— ohne Zustellungsgebühr.

Postfach-Route: Amt Leipzig Nr. 21542. — **Gemeindeverbandsverkehrsamt Bischofswerda** Route Nr. 64. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die gespaltene Grundzeile (Zm. Maße 14) oder deren Raum 90 Hg., örtliche Anzeigen 60 Hg. Im Textteil (Zm. Maße 15) 180 Hg., die gespaltene Zeile bei Wiederholungen nachfolgend nach feststehenden Sätzen. — Amtliche Anzeigen die gespaltene Zeile 120 Hg. — Für bestimmte Tage oder Wochen wird keine Gewähr geleistet. — Erfüllungsort Bischofswerda.

Nr. 173.

Mittwoch, den 28. Juli 1920.

74. Jahrgang.

Friedensverhandlungen in London?

London, 26. Juli. (B. T. B.) Nach einer Meldung der „Daily Mail“ hat die Sowjetregierung der englischen Regierung mitteilen lassen, daß sie geneigt sei, zu Beratungen über den Frieden mit Polen nach London zu kommen, doch verlangt sie vorher, daß sich General Brangel ergebe, dessen persönlicher Sicherheit gewährleistet wird. In der Note erklärt die Sowjetregierung ihr Erstaunen darüber, daß die englische Regierung die Besprechungen über die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen unterbrochen hätte.

London, 25. Juli. (B. T. B.) Einem Radiotelegramm aus Moskau zufolge wird die polnische Regierung Vertreter, die mit Vollmachten ausgestattet sind, an den von der russischen Regierung zu bezeichnenden Ort senden. Die russische Regierung wird gleichfalls die Zeit festsetzen, zu welcher sich die polnischen Vertreter an diesen Ort begeben sollen. Das Radiogramm, gezeichnet Ljuschin, das die Sowjetregierung am 23. Juli an die polnische Regierung richtete, lautet: An den Minister des Äußern Sapieha, Warschau.

Die Sowjetregierung Rußlands gibt der russischen obersten Heeresleitung den Befehl, mit den militärischen Kommandanten Polens sofort Verhandlungen einzugehen, die zu einem Waffenstillstand, der den endgültigen Frieden zwischen den beiden Ländern vorbereiten, führen können. Die russische Regierung wird die polnische Regierung über Ort und Zeit des Beginns dieser Verhandlungen zwischen den Militärkommandos der beiden Parteien unterrichten.

Die Entwicklung der nächsten Tage und Wochen muß zeigen, welche tatsächliche Bedeutung der angeblichen bolschewistischen Friedensbereitschaft zukommt. Es besteht eine nicht geringe Wahrscheinlichkeit dafür, daß Rußland nur die englisch-französische Hilfsaktion verzögern und während der Verhandlungen durch Bereitstellen und Nachziehen neuer Truppen, sowie von Artillerie und Munition, einen neuen entscheidenden Schlag vorbereiten will, der niedersaufen würde, wenn die Friedensverhandlungen die bolschewistischen Wünsche nicht ohnehin erfüllen. Aber etwas Bestimmtes läßt sich natürlich nicht vorhersehen, dabei verschiedene dafür in Betracht kommende Faktoren als unsicher angesehen werden müssen. Weder die nächsten Pläne der Diktatoren in Moskau noch der Einfluß, den das Heer in Rußland bereits auf die letzten Entscheidungen gewonnen hat, sind uns hinreichend bekannt. Auch die unzweifelhaft vorhandenen inneren Schwierigkeiten Rußlands, die zum Frieden drängen könnten, sind in ihrem Einfluß auf die Lage schwer abschätzbar. So können nur die kommenden Ereignisse zeigen, was im Verhalten der Sowjetregierung Taktik, was wirkliche Friedensbereitschaft ist.

Das Ziel der Roten Armee.

Paris, 26. Juli. Aus Warschau wird gemeldet, daß nach Nachrichten, die aus der Roten Front zur Kenntnis des polnischen Generalstabs gekommen sind, man im Roten Hauptquartier gedenkt, am Sonntag, dem 1. August, in Warschau einzurücken. Man rechnet damit, daß die in Ljuschin's Telegramm angegebene Mitteilung von Ort und Zeit für die Waffenstillstandsverhandlungen noch einige Zeit auf sich warten lassen wird. Die polnische Armee geht ständig zurück, besonders an der Nordfront, wo die Bolschewisten täglich 30 Kilometer vorrücken. Im Süden geht der russische Vormarsch in langsamerem Tempo vor sich. Man befürchtet, daß die Rote Oberste Heeresleitung nicht um die Befehle der Moskauer Regierung kümmern und ihren Vormarsch doch fortsetzen wird. Aus diesem Grunde ist die Spannung in Warschau aufs äußerste gestiegen.

Ein polnischer Munitionszug angehalten.

Marburg a. d. Lahn, 26. Juli. (B. T. B.) Hier traf gestern nachmittag, wie die hessische Landeszeitung meldet, aus Oeschen kommend, ein polnischer Transportzug ein. Im Zuge befanden sich Offiziere mit Frau und Kind, sowie einige Wagen Gewehre und Munition. Auf dem Marburger Bahnhof fand sich auf die Fundgebung von dem Eintreffen des Zuges eine große Menschenmenge ein, die gegen den Weitertransport protestierte. Einige Wagen wurden aufgerissen und die darin befindlichen Gewehre herausgeholt und zerlegt. Der Zug verbleibt bis zum Eintreffen einer Nachricht von der Reichsregierung auf einer Station in der

Nähe von Marburg. Eine amtliche Untersuchung der ganzen Angelegenheit ist im Gange.

Ein Aufruf der Eisenbahner.

Berlin, 27. Juli. (Eig. Drahtber.) Die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamter und Anwärter, die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner und der allgemeine Eisenbahnerverband richteten folgenden Aufruf an alle deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter:

Die Reichsregierung hat die Neutralität der deutschen Republik im Kampf zwischen Sowjetrußland und Polen erklärt. Die Neutralitätserklärung legt Deutschland u. a. die Pflicht auf, zu verhindern, daß militärische Transporte für die eine oder andere kriegsführende Partei durch Deutschland geleitet werden. Sollte in dieser Hinsicht irgendwelcher Druck auf die deutsche Regierung ausgeübt werden, so erklären die Großorganisationen der deutschen Eisenbahnbeamten und Arbeiter, daß sie unter keinen Umständen eine Verletzung der Neutralitätspflicht zulassen und mit allen gewerkschaftlichen Mitteln derartige Transporte verhindern werden. Jede dahingehende Aufforderung ist vom Eisenbahnerpersonal zurückzuweisen. Jede Hilfeleistung ist Verrat am Vaterland.

Deutschland und der Völkerbund.

Während Frankreich nach dem letzten leichten Sieg von Spa jetzt die Reizung bekundet, sich überhaupt nicht mehr mit Deutschland amtlich abzugeben und seine Entschädigungsforderungen zu „vertragen“, neigt man in England immer stärker zu der Auffassung, ohne Deutschland könne Europa nicht wieder aufgebaut werden. Wie aber zwischen den beiden durchaus entgegengesetzten Anschauungen, den französischen und den britischen, eine Brücke geschlagen werden kann, das weiß kein Diplomat und kein Techniker. Frankreich möchte nach den Erfahrungen von Spa alles nur Erdentische aus Deutschland herauspressen und greift deshalb jetzt zur Taktik, die in Genf geplante Finanzkonferenz zu sabotieren. Es will nicht nach Genf gehen, weil es nicht, wie in Spa mit seinen Kohlenforderungen, auf eine bestimmte Summe festgelegt werden will — mag sie noch so märchenhaft hoch sein. Herr Stinnes hat aber ausdrücklich in Spa erklärt, die Entente-Herrschaften würden erschrecken, wenn sie wüßten, wie klein die Entschädigungssummen sind, die Deutschland anbieten kann. Dieser schreckhaften Möglichkeit nun möchte Frankreich aus dem Wege gehen und sich die „Freiheit“ offenhalten, jederzeit, wenn es ihm paßt, Ansprüche an Deutschland geltend machen zu können. Wie dabei Europa zur Ruhe kommen und der „Wiederaufbau“ gefördert werden soll, das steht für Frankreich erst in zweiter Reihe in Erwägung.

Ganz anders England. John Bull hat durch den Krieg bereits so ziemlich alles erreicht, was er wollte — die deutsche Flotte, die deutschen Kolonien, den deutschen Welt- und Uberschandel. Die lumpige Entschädigung spielt für ihn keine entscheidende Rolle, wie für die arme französische Marianne. Die englische Boa constrictor braucht jetzt vor allem Ruhe — Ruhe zum Aufatmen, Ruhe zur Verdauung der großen Beute. Diese Ruhe kann ihm aber der Völkerbund gewährleisten, darum die fortgesetzten Hinweise aller führenden britischen Staatsmänner, daß ohne Deutschland kein Völkerbund, ohne Deutschland kein Wiederaufbau Europas möglich. Frankreich aber will nicht leer ausgehen, Frankreich will Deutschland zerstückeln und die unbestrittene Vormacht auf dem Festland sein — oder wenigstens spielen. Wie gegenüber so widerstrebenden Interessen der wirkliche und wahre Völkerbund zu seinem Rechte kommen soll, ist vorderhand noch unerfindlich. Es wird wohl, wie alle schönen Ideale, in dieser rauhen Welt der Realitäten und Interessenkämpfe ein ewiger Traum bleiben.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Juli. Die heutige Reichstagsitzung wurde kurz nach 5 Uhr vom Präsidenten Abbe eröffnet. Das Haus und die Tribünen waren sehr stark besetzt. Auch das Kabinett war fast vollständig vertreten. Der Präsident gedachte in seinen Einleitungsworten des glänzenden Abstimmungsergebnisses in Ost- und Westpreußen und knüpfte daran die Hoffnung, daß auch in anderen ferndeutschen Landesteilen vielleicht einmal das Unrecht wieder gutgemacht werden kann, das dort gegen das Selbstbestim-

mungsrecht der Nationen durch den Friedensvertrag angebracht wurde. Dann wurde zunächst geschäftsordnungsgemäß die Wiederwahl des Präsidiums vollzogen, worauf das Haus in die Besprechung von Spa eintrat.

Der Reichskanzler Jehrenbach eröffnete seine Rede mit einer stark betonten Anerkennung für die Leistungen des Außenministers Dr. Simons, der die Verhandlungen in Spa vorzugsweise geleitet und dabei seine außerordentlichen Kenntnisse und seine große diplomatische Gewandtheit in den Dienst der Sache gestellt habe. Dem Dank des Reichskanzlers an den Außenminister schloß sich das ganze Haus durch Applaus an. In seinen weiteren Ausführungen beschränkte sich der Reichskanzler auf Bemerkungen allgemeiner Art.

Minister Dr. Simons

wandte sich nun zum Rednerpult, um das eigentliche Referat zu erstatten. Er begann mit leiser Stimme, die sich aber bald frei machte, und er fesselte mit der wohlüberdachten, zielstrebigsten und formal gepflegten Art seiner Rede, ebenso wie mit der starken Hervorhebung des deutschen Standpunktes, der die Gegner als Sieger, aber nicht als Richter anerkennt. Er verwies zur Unterstützung seiner Ausführungen auf die vom Auswärtigen Amt herausgegebenen Denkschriften, die namentlich Unterlagen zur Entwarnungs- und Kohlenfrage geben. Er dankte allen Sachverständigen für ihre hingebende Tätigkeit im Namen des Kabinetts. Für das Ergebnis von Spa trügen die Minister gemeinsam die Verantwortung, und sie harrten des Urteils des Hauses. Es war für uns, so sagte Simons, ein Ringen um einzelne Punkte, für die Entente um die Verteilung der Beute von Versailles. Der Friedensvertrag ist ja auch bei uns noch gar nicht bekannt. Die Gegner nehmen ihn sehr ernst, das ist uns in Spa klar geworden. Der Friede entspricht nicht dem Völkerrecht. Wir müssen aber warten, bis eine höhere Macht die Gegner eines Besseren belehrt. Bis dahin wollen wir uns bemühen, den Vertrag zu erfüllen. Er enthält einzelne Punkte, z. B. über internationales Verkehrswesen, Arbeiterrecht usw., die bei dem Wiederaufbau Europas von größter Bedeutung werden könnten. Das ist anzuerkennen. Der Sieger von Spa ist Millerand als Bollwerk eines Rechtsstaats. Die Alliierten würden den Einmarsch ins Ruhrgebiet als einen Sprung ins Dunkle sehr ungern vorgenommen haben, aber sie hätten es doch getan. Was dann bei der einsetzenden Sabotage geschehen wäre, ist nicht auszudenken. Dr. Simons kam dann zu der bekannten Flaggenangelegenheit. Die französische Botschaft habe dem Auswärtigen Amt von dem Fest vorher Mitteilung gemacht. Wir waren im Unrecht und mußten Genugtuung geben, wie wir sie oft für uns verlangt haben. Wir würden es uns auch nicht gefallen lassen, wenn eine solche Genugtuung von mangelhaft ausgerüsteten Truppen gegeben würde, die nachher ihre Nationalhymne anstimmten. Wegen die französische Gesandtschaft in München habe er schon protestiert. Bayern wird keinen Gesandten nach Paris schicken. Ein Mißtrauen gegen die bayerische Regierung sei absolut unbegründet. Was die Verhaftung Dr. Dorens anlangt, so habe er dafür kein Verständnis. Jedenfalls sei Dr. Dorens schon wieder unterwegs nach Wiesbaden. Die Verhaftung sei ein Übergriff untergeordneter Stellen und ein Verstoß gegen das Völkerrecht, da Wiesbaden besetzt sei.

In der Kohlenfrage ist Lloyd George, so führte Simons weiter aus, zu unseren Gunsten aufgetreten. Mit Italien werden sich unsere Beziehungen bald wieder einrichten. Mit Amerika seien wir noch immer im Kriegszustand. Ein Ende ist vor März nächsten Jahres nicht abzusehen. Dafür setzten aber in Amerika humanitäre Bestrebungen ein, für die wir herzlich danken. Dr. Simons besprach dann die äußeren Ergebnisse in Spa, bedauerte, daß vielfach der Haß der belgischen Bevölkerung uns nahegetreten sei, und schilderte dann den Verlauf der Konferenz. Dr. Simons legte dann über unsere Haltung

zum russisch-polnischen Krieg

folgendes dar: Wir wollen in dem russisch-polnischen Kampf neutral bleiben, aber der Versailler Vertrag macht uns das schwer. Wir lassen keine Transporte für die beiden Mächte durch unser Gebiet. Man hat uns vorgeworfen, wir hätten die bolschewistische Regierung jetzt anerkannt. Das sei aber schon zur Zeit des Friedens von Brest-Litowsk geschehen. Ich sehe nichts Schlimmes in der Sowjet-Republik. In Rußland herrscht nicht das Chaos. Es wird dort eine rege Auf-